

Zu TOP 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

Der Kreistagsvorsitzende, Herr Dr. Berger, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

zugestimmt

Zu TOP 2 Bestätigung der Tagesordnung

Da es keine Einwände gibt, bittet Dr. Berger um die Bestätigung der Tagesordnung.

einstimmig zugestimmt

Zu TOP 3 Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 06.12.2018 - öffentlicher Teil

Der Kreistagsvorsitzende informiert, dass es keine schriftlichen Einwände gegen die Niederschrift der letzten Sitzung (öffentlicher Teil) gab und erkundigt sich nach Wortmeldungen. Da es keine Meldungen gibt, bittet er die Abgeordneten um die Bestätigung.

einstimmig zugestimmt

Enthaltung 1

Zu TOP 4 Einwohnerfragestunde

Herr Dr. Berger eröffnet die Einwohnerfragestunde und bittet Herrn Geller ans Mikrophon.

Herr Torsten Geller bedankt sich und stellt sich kurz vor:

- seit über 40 Jahren ehrenamtlicher Trainer
- seit fast 20 Jahren Vorsitzender des Volleyballsportvereins VSB Offensiv Eisenhüttenstadt
- Verein zähle mit zu den größten im Land Brandenburg, Landesleistungsstützpunkt mit einer Spielerin in der aktuellen Nationalmannschaft

Sein Anliegen sei, die Nutzung der Turnhallen des Landkreises Oder-Spree in Eisenhüttenstadt zu ermöglichen.

Der Antrag läge der Stadtverordnetenversammlung Eisenhüttenstadt ebenfalls vor.

Ein Antrag auf Nutzung der Turnhalle des Albert-Schweitzer-Gymnasiums für ein kleines Turnier vor 6 Jahren sei aus nicht nachvollziehbaren Gründen abgelehnt worden.

Er bittet darum, alle Vertreter zusammen zu holen und Kindern und Jugendlichen zu ermöglichen, Sport zu treiben.

Es müsse eine Hallengebührenordnung erstellt werden, die an die von Eisenhüttenstadt angepasst sei.

Herr Dr. Berger bedankt sich und weist darauf hin, dass der Landrat, Herr Lindemann, in seinem Geschäftsbericht darauf eingehen werde.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, schließt der Vorsitzende den TOP.

zur Kenntnis genommen

Zu TOP 5 Geschäftsbericht des Landrates

Herr Dr. Berger bittet den Landrat um den Geschäftsbericht.
Dieser wird dem Protokoll als Anlage beigefügt (Anlage zu TOP 5).

zur Kenntnis genommen

Zu TOP 6 Beantwortung von Anfragen aus dem Kreistag durch den Landrat

Da keine Anfragen vorliegen, schließt der Vorsitzende den TOP.

Zu TOP 7 Beratung und Beschlussfassung: Ehrenamt in der Freiwilligen Feuerwehr im Landkreis Oder-Spree stärken Vorlage: 1/SPD/2019

Herr Dr. Berger bittet Herrn Papendieck um nähere Informationen zum Antrag.

Herr Papendieck zeigt die unterschiedlichen Möglichkeiten zum Erwerb eines LKW-Führerscheins in der heutigen Zeit auf.
Er weist darauf hin, dass sich die finanzielle Unterstützung der Gemeinden unterschiedlich darstellen würde, schon aufgrund der verschiedenen Aufgabenverteilung (z. B. Wehren in Autobahnnähe).
Der Landkreis solle hier einen Teil der Ausbildungsfinanzierung übernehmen. Der Vorschlag der Fraktion beinhalte 10 Führerscheine für dieses Jahr. Die Mittel sollten über den Kreisbrandmeister und die Stabstelle Brand-, Zivil- und Katastrophenschutz verteilt werden.

Im Anschluss folgt ein reger Meinungsaustausch, in dem sich jedoch alle darüber einig sind, die ehrenamtlichen Feuerwehren dahingehend zu unterstützen.

Da es keine weiteren Redebeiträge gibt, lässt der Kreistagsvorsitzende über den Antrag abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag möge beschließen:

Der Landrat wird beauftragt, dafür zu sorgen, dass ab dem Haushaltsjahr 2019 finanzielle Mittel für jährlich zehn LKW-Führerscheine für Kameradinnen und Kameraden der Freiwilligen Feuerwehren in den Haushalt eingestellt werden.

einstimmig zugestimmt
 Enthaltung 3

Zu TOP 8 Beratung und Beschlussfassung: Aufstellen von Kreisgrenzschildern/Willkommensschildern
Vorlage: 2/Mitglieder KT/2019

Herr Dr. Berger bittet Herrn Dr. Stiller um Erläuterungen zu diesem Antrag.

Herr Dr. Stiller informiert, dass er sich die Festreden zum 25-jährigen Jubiläum des Landkreises zum Anlass genommen habe, eine bessere Wahrnehmung des Landkreises in der Öffentlichkeit zu erzielen.

Einige Landkreise (Prignitz, Görlitz, Bautzen etc.) hätten bereits solche Willkommensschilder aufgestellt. Dies habe nicht nur touristische Auswirkungen, sondern auch wirtschaftliche, z. B. bei der Neuansiedlung von Firmen.

Über eine Möglichkeit, die Kosten für solch ein Vorhaben in der Haushaltsplanung zu berücksichtigen, würde er sich freuen. Schließlich stelle sich der Landkreis gut dar und sollte dies auch seinen Gästen zeigen können.

Frau Kilian empfiehlt, den Antrag in den zuständigen Fachausschuss zu verweisen, um alle offenen Fragen zu klären:

- Wo sollen die Schilder aufgestellt werden?
- Wie soll das Layout sein?
- Welche Kosten entstehen?
- Wie viele Schilder werden benötigt?

Dr. Berger bittet um die Abstimmung zum Antrag von Frau Kilian.

zurückverwiesen
Nein 5 Enthaltung 7

Zu TOP 9 Einrichtung einer Ombudsstelle im Jobcenter
Vorlage: 3/DIE LINKE/2019

Herr Dr. Pech erhält das Wort durch den Vorsitzenden, um den Antrag der Fraktion näher zu erläutern.

Herr Dr. Pech gibt an, dass die Widerspruchsquote im Jobcenter des Landkreises Oder-Spree doppelt so hoch sei, als der landesweite Durchschnitt.

Aus diesem Grund müsse man darüber nachdenken, wie man die Probleme der Qualitätssicherung abschaffen könne.

Sein Vorschlag sei die Einrichtung einer Ombudsstelle, auch um Vorbehalten entgegenwirken zu können.

Im Anschluss spricht sich Herr Hilke gegen den Antrag aus, da es das Recht jedes Bürgers/Leistungsbeziehers sei, einen Widerspruch einzulegen.

Ein willkürliches Handeln der Verwaltung, welches die Notwendigkeit zur Einrichtung einer solchen Stelle begründet, läge in seinen Augen nicht vor.

Er führt aus, dass die Teilnahme der entsprechenden Abgeordneten an den Beiratssitzungen sehr gering ausfallen würde.

Weiter führt er aus, dass die Anzahl der eingegangenen Widersprüche nicht alle im Klageverfahren enden würden. Man sollte auf die Arbeit der Verwaltung vertrauen.

Herr Lindemann gibt zu bedenken, dass ein Ombudsmann erst dann seine Aufgabe wahrnehmen könne, wenn bereits alle rechtlichen Rechtsbehelfe ausgeschöpft und ergebnislos verlaufen seien. Daher sehe er die Einrichtung einer solchen Stelle als nicht lösungsorientiert an.

Der Landrat informiert, dass er die Lage nicht so dramatisch sehe. Man habe sich lange mit einer Vielzahl von Widersprüchen aus der Anfangszeit beschäftigt und versucht, diese akribisch aufzuarbeiten. Man müsse die Widerspruchsabgangs- mit den –zugangszahlen vergleichen:

- in 2018
720 Widerspruchseingänge, im Vergleich dazu seien 1.539 Widersprüche erledigt worden
- im Landkreis Oder-Spree sei eine Widerspruchsquote i. H. v. 9,5 % bezogen auf die Bedarfsgemeinschaften
im Vergleich mit anderen Landkreisen sei diese die beste Widerspruchsquote

Er bittet darum, die Statistik auch kritisch zu betrachten.

Weiter berichtet er, dass bei der Ombudsstelle im Bereich Büro Landrat nicht die Widersprüche bzgl. Hartz IV an obersten Stelle stünden, sondern eher die Schülerbeförderung und das Jugendamt betreffend.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, bittet der Vorsitzende um die Abstimmung zum Antrag „Einrichtung einer Ombudsstelle im Jobcenter“.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag möge beschließen:

Der Landrat wird beauftragt, im Jobcenter des Landkreises Oder-Spree eine Ombudstelle einzurichten.

Mehrheitlich abgelehnt

Ja 12 Enthaltung 4

Zu TOP 10 Einbringung Planentwurf für das Haushaltsjahr 2019

Herr Dr. Berger erteilt Herrn Buhrke das Wort.

Sein Redebeitrag liegt als Anlage zu TOP 10 dem Protokoll bei.

Im Anschluss bedankt sich Herr Dr. Berger bei Herrn Buhrke für die Einbringung des Planentwurfes für das Haushaltsjahr 2019 und erkundigt sich nach Wortmeldungen.

Herr Dr. Zeschmann begrüßt die Absenkung der Kreisumlage um 2,3 %. Jedoch würden die Einnahmen, trotz abgesenkter Umlage, steigen. Die Rücklagen würden nicht, wie 2015/2016 vereinbart, ausreichend zurückgeführt. Er bittet an dieser Stelle um Nachbesserung.

Herr Dr. Pech möchte auf 2 Dinge aufmerksam machen:

- Er selbst sei seit 2 Jahrzehnten im Kreistag und habe bis jetzt noch nie so eine gute Finanzausstattung erleben dürfen;
- Heute müsse man sich nicht mehr fragen, ob genügend Geld vorhanden sei, sondern wofür das Geld eingesetzt werden solle.

Hierbei sei zu beachten, dass es ordinär kreisliche Aufgaben gebe, für die ein Finanzbedarf bestünde, wie z. B. die Frage der Verbesserung der Schülerbeförderung und der Schließung von Lücken, die in diesem Bereich noch bestünden.

Er stellt fest, dass sich die Finanzausstattung verbessert habe. Trotz der Absenkung der Kreisumlage werde mehr für den Landkreis übrig bleiben, man habe aber auch höhere Ausgaben abzudecken.

Dr. Stiller bittet um Informationen zum Stand der Woltersdorfer Straßenbahn im kommenden Geschäftsbericht des Landrates.

Herr Dr. Berger schließt den TOP.

zur Kenntnis genommen

Zu TOP 11 Beratung und Beschlussfassung: Vorschlag zur Umsetzung des Kreistagsbeschlusses zur Erweiterung der Seniorenheime GmbH des Landkreises um ein Alten- und Pflegeheim in Eisenhüttenstadt Vorlage: 004/2019

Der Kreistagsvorsitzende erkundigt sich nach Wortmeldungen und bittet Herrn Papendieck ans Rednerpult.

Herr Papendieck befürwortet die stimmige Beschlussvorlage. Die Kosten sind klar definiert, die immer weiter steigenden Baukosten seien mit dem Zuschlag i. H. v. 30 % realistisch angedacht. Durch die Angabe eines definitiven Datums sei nicht nur eine Perspektive für die jetzigen und zukünftigen Bewohner geschaffen worden, sondern auch und vor allem ein positives Signal an die Angestellten gegeben worden.

Die Verwaltung habe eine gute Arbeit gemacht, alle betreffenden Bereiche wurden einbezogen. So habe z. B. die Sozialplanung die Anzahl der Plätze (72) geprüft und für ausreichend befunden.

Es folgt eine kontroverse Diskussion, in der Herr Dr. Zeschmann, wie auch schon in der Sitzung des Kreisausschusses, eine fehlende öffentliche Ausschreibung anmahnt, der Verwaltung Wettbewerbsverzerrung vorwirft, hohe Baukosten rügt, um fehlende Informationen zum Grundstück (Kauf oder Pacht) sowie um ein Vergleichsangebot für die Kreditaufnahme bittet.

Herr Papendieck weist Herrn Dr. Zeschmann darauf hin, dass, wie bereits von Herrn Buhrke im Kreisausschuss berichtet worden sei, eine Ausschreibungspflicht nur bei einer erstmaligen Be- treibung bestünde. Da der Landkreis jedoch bereits eine gGmbH habe und dadurch ein weiterer Standort dazukäme, sei dies rechtlich nicht erforderlich.

Weiter weist er darauf hin, dass die gGmbH bisher keine Mittel des Landkreises in Anspruch nehmen musste. Der Anbau in Beeskow sei aus den eigenen finanziellen Mitteln erfolgt.

Herr Dr. Pech spricht sich für diesen Vorschlag aus.

Des Weiteren weist er auf die Formulierung des Beschlussvorschlages hin, welcher die Verwaltung beauftragt, mit der gGmbH weiter an der Realisierung dieses Vorhabens zu arbeiten. Es würden die Rahmenbedingungen für das weitere Vorgehen festgelegt. Alles Weitere müsse dann nach den Grundsätzen der Gesellschaft abgewickelt werden.

Dieses Vorhaben werde nicht in der Prioritätenliste erscheinen, da es sich um ein Investition der gGmbH handelt.

Herr Lindemann betont, dass Herr Buhrke bereits alle rechtlichen Einwände wiederholt ausführlich widerlegt habe. Nicht alle sozialen Probleme könne man mit rechtstechnischen und betriebswirtschaftlichen Einwänden erschlagen. Hier ginge es zum Teil um hilflose Menschen, die unserer Hilfe bedürfen. Diese hätten das aufgebaut, was wir nun nutzen könnten. Der Schutz der Menschenwürde stünde für Herrn Lindemann hier vorrangig dem Wettbewerbsschutz. Er bedauert, einem aktuellen Artikel der Märkischen Oderzeitung entnehmen zu müssen, dass alte Menschen lieber tot seien, als ihrer Familie finanziell zur Last zu fallen.

Da es keine weiteren Redebeiträge gibt, bittet Herr Dr. Berger um die Abstimmung zur Beschlussvorlage.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung als Gesellschafter der Seniorenheime gGmbH wird beauftragt, in der Gesellschafterversammlung die zur Umsetzung des Konzeptes notwendigen Beschlüsse zu fassen und die Geschäftsführung bei der Umsetzung und dem Abschluss der beschriebenen Verträge zu unterstützen.

Mehrheitlich zugestimmt

Nein 1 Enthaltung 1

Zu TOP 12 Veränderungen in den Ausschüssen

Es gibt keine Meldungen zu diesem TOP.

Zum Abschluss des öffentlichen Teils bedanken sich Herr Dr. Berger und Herr Lindemann bei Frau Hanna Gläsmer, Dezernentin für Infrastruktur und Bauwesen, für ihr engagiertes Wirken. Dies sei ihre letzte Kreistagssitzung, bevor sie in den wohlverdienten Ruhestand gehe.

Der Kreistagsvorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung und bittet um die Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Dr. Franz H. Berger
Vorsitzender des Kreistages

Corinna Kuhley
Schriftführerin